

BRG

a/a.
21. Dez. 1978

Beratende Kommission
für internationale Entwicklungszusammenarbeit

PROTOKOLL

→ f.022.1 (2)

der 2. Sitzung vom 6. Oktober 1978, 09.30 Uhr
im Sitzungszimmer E75 der DEH

Anwesend: NR Dr. Elisabeth Blunschy, Präsidentin

Gaston Nicole, Vizepräsident

P. Berthoud

NR Dr. R. Friedrich

Dr. Richard Gerster

Beat Kappeler

R.H. Lambert

Dr. H.B. Peter

NR R. Reichling

R. Strahm

NR Dr. L. Uchtenhagen

P. Veyrassat

NR Dr. S. Widmer

sowie von der Verwaltung:

Botschafter Jacobi und Herr Woker von der Handelsabteilung,

Herr Dr. B. Stettler von der Politischen Abtei-

lung III und die Herren Botschafter Heimo, Dr. Th. Raeber,

Dr. R. Wilhelm, J.-F. Giovannini, P. Leuzinger, R. Bürki

und Frau Dr. Bühler von der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Entschuldigt: Dr. Lütolf, NR G. Fontanet

Traktandum 1

Das Protokoll der 1. Kommissionssitzung und die Traktandenliste der heutigen Sitzung werden genehmigt.

Traktandum 2Persönliche Kurzvoten der Kommissionsmitglieder zur
Entwicklungsproblematik

Widmer: Für die Effizienz unserer Arbeit erscheint es mir wichtig, dass jeder von den anderen ungefähr weiss, was sie über die Entwicklungsproblematik denken. Ich hoffe, dass in diesem Gremium, wo die Medien nur indirekt vertreten sind, eine freie Aussprache möglich ist. Ich selbst befürworte die Entwicklungszusammenarbeit. Die Stadt Zürich hat als erstes Gemeinwesen der Schweiz beschlossen, jährlich einen bestimmten Prozentsatz ihres Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden.

Ich bejahe auch das heutige Konzept der Entwicklungszusammenarbeit, möchte hier aber gewisse Nuancierungen anbringen, auf die ich Wert lege:

- Entwicklungszusammenarbeit darf auch aus der Sicht des Geldgebers Vorteile haben
- Entwicklungszusammenarbeit wird immer das jeweilige Regime stützen. Es sollten daher in erster Linie prowestliche Staaten unterstützt werden.

Friedrich: Ich betrachte die Entwicklungszusammenarbeit als Phänomen mit verschiedenen Aspekten:

- Solidarität
- Aussenpolitik
- Aussenwirtschaftspolitik

Das Phänomen muss jedoch in seiner Gesamtheit gesehen werden.

Die angestrebten Ziele wie auch die eingesetzten Mittel sind natürlich im Detail zu diskutieren. Die Finanzlage, wie auch die öffentliche Meinung setzen für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit Voraussetzungen und tragen zu ihrer inneren Problematik bei.

Im Grundsatz stehe ich der Entwicklungszusammenarbeit sehr positiv gegenüber, im Detail scheint sie mir selbstverständlich diskussionsbedürftig.

Reichling: Ich befürworte die Entwicklungszusammenarbeit absolut und bin der Meinung, dass in den Ländern, in welchen wir helfen, vor allem die Inlandbedürfnisse, und zwar die Bedürfnisse der breiten Volksschicht massgebend sein müssen. Die wirtschaftliche Entwicklung sollte sich als natürliche Folge der gesamtheitlichen Entwicklung des Landes einstellen.

Der personelle Einsatz der Schweiz ist ebenso wichtig wie der finanzielle. Bei den Experten ist ein grosses Uebergewicht an jungen, unerfahrenen, enthusiastischen Leuten festzustellen. Wird den erfahrenen Berufsleuten zuwenig Sicherheit geboten ?

Die humanitäre Hilfe erscheint mir in erster Linie als Aufgabe der privaten Hilfsorganisationen, denn hier müssen die politischen Verhältnisse weniger gewertet werden. Wo wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen, sollten sich in erster Linie die Industrie und die Banken direkt einsetzen.

Peter möchte sich in diesem Kurzvotum auf eine Skizzierung der Zielsetzung beschränken, die seiner Arbeit zugrunde liegt. Entwicklung als vernünftige Zukunftsbewältigung stellt sich als Aufgabe nicht nur den Entwicklungsländern, sondern geht uns alle an.

Für die Menschen in den Entwicklungsländern muss Entwicklung mehr Wohl nach ihren eigenen Massstäben heissen. Die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit liegt vor allem darin, die materiellen Voraussetzungen zur eigenen Wertverwirklichung zu schaffen.

Die Entwicklungszusammenarbeit vermittelt uns Einsicht in andere Werte; wir erhalten somit etwas dafür zurück.

Kappeler kam vom Hilfsgedanken her in Kontakt mit der Entwicklungsländer-Problematik. Heute hat sich die Dimension etwas erweitert: es geht nicht nur darum, etwas zu geben, sondern auch um die Untersuchung

der Strukturen, welche uns mit der Dritten Welt verbinden. Dabei erscheint die Gefrässigkeit der Akkumulation als Hauptproblem. Sowohl die östlichen wie die westlichen Modelle beruhen darauf. Die Gefrässigkeit wirkt sich wirtschaftlich wie auch umweltmässig aus (Pervertierung der Rohstoffe zu Abfallprodukten). Wir riskieren, die Akkumulation mit all ihren Nebenwirkungen, Zerstörung von Familien- und Siedlungsstrukturen, mit all ihren Zwängen und Rationalisierungserscheinungen den Entwicklungsländern mitzugeben.

Die nationalen Interessen führen in der Entwicklungszusammenarbeit zu einem Zielkonflikt, aus welchem oft eine Auffassung von EZA entsteht, nach der man das gibt, was man selbst entbehren kann. Entwicklungszusammenarbeit als Strukturpolitik geht darüber hinaus. Wenn die gesunde Entwicklung von Gruppen, Minderheiten und einzelnen verunmöglicht wird, wo die Entfaltung der ärmsten Schichten verhindert wird, da sind auch wir dadurch betroffen. "Soziales Dumping", das zur Verlagerung von Produktionsmöglichkeiten führt, schadet auch uns. Hier zeigt sich, dass Entwicklungszusammenarbeit und nationale Interessen konvergieren können.

Uchtenhagen: Mein entwicklungspolitisches Engagement hat die selben Wurzeln wie mein übriges Engagement. Humanitär einerseits: jeder Mensch hat das Recht, sich in Freiheit zu entwickeln. Ein friedliches Zusammenleben der Menschen ist solange nicht denkbar, als es nicht gelingt, die sozialen Fragen auch im Nord-Süd-Konflikt zu lösen. Ich sehe hier Parallelen zu den Sozialkonflikten im 19. Jahrhundert. Mein Engagement hat auch ökonomische Wurzeln: die internationale Arbeitsteilung ist heute so integral, so sehr fortgeschritten, dass die Länder gegenseitig aufeinander angewiesen sind. Entwicklung kann nicht mit wirtschaftlicher Entwicklung gleichgesetzt werden. Entwicklung muss auf die soziale und natürliche Umwelt ausgerichtet sein und die kulturelle Eigenständigkeit fördern. Wichtig ist die Abkehr von einem rein quantitativen Wachstumsdenken. Auf die Apostrophierung "westlich" oder "östlich" sollte man verzichten. Die Entwicklungsländer haben das Recht auf eine eigene Entwicklung .

Berthoud: Durch die ökonomische und technische Entwicklung ist es unmöglich geworden, dass sich die Bewohner des "Wohnhauses Erde" gegenseitig ignorieren. Die gemeinsamen Probleme sind nicht nur ökonomischer, sondern auch kultureller Art. Wir haben nichts zu gewinnen, wenn wir diesen Problemen den Rücken kehren.

Das Verhältnis zwischen Handel und Hilfe wird oft unrichtig eingeschätzt: nur etwa ein Fünftel der Staatseinnahmen der Entwicklungsländer stammen in der Regel aus Finanzhilfe, vier Fünftel sind Handelseinkommen. Eine Bananenpreis-Erhöhung um einen Rappen kann oft mehr bewirken als grosszügige Finanzhilfe. Die Alternative Handel oder Hilfe wäre jedoch falsch, es ist Handel und Hilfe nötig. Dies ist nichts anderes als die Uebertragung der Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie wir sie seit dem 19. Jahrhundert betreiben, auf eine internationale Ebene.

Nicole ist vor allem beruflich (Medien) mit Problemen der Entwicklungszusammenarbeit konfrontiert und empfindet intuitiven Widerstand gegen Entwicklungsmodelle, welche den Ländern der Dritten Welt von aussen aufgedrängt werden. Respekt vor der Kultur der Länder, mit welchen wir zusammenarbeiten, ist eine Grundvoraussetzung der Entwicklungszusammenarbeit.

Die Auseinandersetzung im Parlament um den Rahmenkredit von 735 Millionen zeigte einen erheblichen Konsensus. Dies wird es der Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen, in den nächsten Jahren einige Schritte vorwärts zu gehen.

Der Begriff "Entwicklungszusammenarbeit" sollte nicht, wie jetzt bei der Rahmenkreditvorlage über 200 Mio Franken (handelspolitische Massnahmen), auf allzu viele und allzu gegensätzliche Massnahmen ausgedehnt werden, sondern der technischen Zusammenarbeit im engen Sinn vorbehalten sein. Sonst führt dies zu einer gefährlichen Konfusion in der öffentlichen Meinung.

Veyrassat: Ich möchte weniger von der Entwicklungszusammenarbeit selbst sprechen als von den verschiedenen Hypothesen, welche sie heute belasten.

Eine dieser Hypothesen besteht in der Tendenz der Industrieländer, sich den Importen aus den Entwicklungsländern zu verschliessen, und zwar genau im Moment, wo in den Entwicklungsländern eine Industrialisierung einsetzt, eine Industrialisierung, die wir gerufen und ermutigt haben. Durch protektionistische Massnahmen weisen die Industrieländer eine Lösung ihrer eigenen industriellen Probleme von sich; wir müssen jedoch akzeptieren, dass sich die ökonomischen Strukturen verändern.

Auch die öffentlichen Finanzen wirken sich als Bremse auf die internationale Entwicklungszusammenarbeit aus. Die öffentliche Hilfe müsste sich vergrössern. "Trade not aid" genügt nicht mehr. Weiter bremst die öffentliche Finanzlage gerade diejenigen Massnahmen, welche zur Hilfe an die ärmsten Bevölkerungsschichten bestimmt sind. (Eigentliche Finanzhilfe und technische Zusammenarbeit im engen Sinn.)

3. Hypothek: die öffentliche Meinung in den Industriestaaten. Dieses Problem ist nicht allgemein auf falsche oder ungenügende Information zurückzuführen, sondern es spielt oft auch die Verwirrung mit, die durch die Konfrontation mit widersprüchlichen und oft realitätsfeindlichen Thesen über Entwicklungsprobleme geschaffen wird. Auf diese Weise wird keineswegs die "schweigende" Mehrheit mobilisiert, sondern es wird ihre Gleichgültigkeit, wenn nicht gar ihr Misstrauen genährt.

Lambert: Die Welt zählt heute mehr für die Schweiz als die Schweiz für die Welt. Die Entwicklungszusammenarbeit muss daher mit allen Mitteln weiterverfolgt werden. Eine ein für allemal richtige Handlungsweise gibt es hier nicht; die Methoden müssen immer neu angepasst werden und was heute richtig ist, muss es morgen nicht notwendigerweise sein.

Entwicklungszusammenarbeit gibt keinen Anspruch auf Dankbarkeit. Die heute herrschenden Ungleichheiten können nur Hass produzieren. Entwicklungszusammenarbeit ist daher eine Notwendigkeit.

Schulen zu schaffen, erscheint mir wichtig. Besser noch ist es aber, die Voraussetzungen für Bildung und Schulung für alle Bevölkerungsschichten zu verbessern.

Gerster: Der Nord-Süd-Konflikt zeichnet sich noch immer dadurch aus, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Entwicklungszusammenarbeit als eine Politik des gesunden Menschenverstandes muss heute von folgenden Voraussetzungen ausgehen:

Erstens: Die Durchführung solider, lokaler Kleinprojekte mit dem Ziel, die Befriedigung der Grundbedürfnisse zu verbessern ist zwar wichtig, hat aber nur Wirkung eines Tropfens auf den heissen Stein und ist im globalen Rahmen ungenügend.

Zweitens: Unser Lebensstil basiert auf verschwenderischem Konsum. Die Knappheit der Ressourcen erlaubt es nicht, dass dieser Standard beibehalten wird und dass auch die Menschen in der Dritten Welt ihn erreichen werden. Hinsichtlich Rohstoff- und Energieverbrauch müssen daher auch bei uns Konsequenzen gezogen werden.

Drittens: Die einzelnen Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit verpuffen, wenn die Interessen und Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit nicht in den gesamten Bereich der Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik eingebracht werden.

Strahm: Ich habe nie in einem Slum gelebt, war nie Campesino oder Minero. In meiner Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit identifiziere ich mich jedoch vor allem mit diesen Bevölkerungsgruppen. Es wurde mir dadurch immer deutlicher bewusst, dass es in den Ländern der Dritten Welt zwei Realitäten gibt: die Realität der Oberschicht und die Realität derjenigen, welche unter die Räder der Entwicklung geraten sind. Nicht die Nord-Süd-Kluft ist für mich die wichtigste, sondern diese Kluft in den Entwicklungsländern selbst. Oft trägt die Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, diese zweite Kluft zu vertiefen.

Ich engagiere mich daher in den Fragen der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, mehr Schäden, auch ungewollte, zu verhindern. Dies erscheint mir wichtiger als mehr zu helfen. Es kommt heute vor allem darauf an, weniger zu nehmen, nicht darauf, mehr zu geben.

Ich bin auf diese Weise ein unangenehmer Begleiter der Administration und ihrer Entwicklungszusammenarbeit. Ich glaube jedoch, dass z.B. die Erklärung von Bern in den letzten Jahren viel zur Mobilisierung und Sensibilisierung einer internationalen Solidarität bei der Bevölkerung beigetragen hat.

Blunschy: Stelle ich mir einmal vor, ich wäre nicht in einem stattlichen Dorf in der Innerschweiz geboren, sondern in einem Slum in Südamerika. Entwicklungszusammenarbeit erscheint mir da als grundlegende Forderung der Gerechtigkeit. Jeder Mensch hat das Recht, mit einem Minimum in seiner Welt glücklich zu sein.

Alleinsein macht nicht glücklich. Entwicklungszusammenarbeit muss auf die Gemeinschaft ausgerichtet sein. Hilfe an die sozial Schwächeren ist nicht ein Almosen sondern eine selbstverständliche Verpflichtung, die wir erfüllen müssen.

Unser Staat pflegt Beziehungen mit allen Arten von Ländern. Für unsere Beziehungen mit Entwicklungsländern müssen andere Kriterien Anwendung finden als für die Beziehungen unter Industrieländern. Entwicklungszusammenarbeit als staatliche Aufgabe ist heute aus der Aussenpolitik nicht mehr wegzudenken. Die Frage nach dem "Wie" der Entwicklungszusammenarbeit muss heute immer wieder neu gestellt werden. Die Ziele und die Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit sind heute im Gesetz sehr klar festgehalten. Erstes Ziel ist es, die materielle Existenz aller Menschen und Bevölkerungsgruppen zu sichern. Nur auf dieser Basis können sich Kultur und geistige Werte entwickeln. Auch diese sind jedoch für den Menschen lebensnotwendig.

Auch Handel- und Wirtschaftsbeziehungen können Entwicklungsländern helfen. In den Beziehungen mit den Entwicklungsländern ist jedoch sehr sorgfältig zu prüfen, ob bestimmte Handelsbeziehungen den ärmsten Bevölkerungsschichten auch tatsächlich nützen. Es ist unsere Aufgabe, diese schwierige Prüfung vorzunehmen.

Aktuelle Probleme der DEH und der Handelsabteilung

Heimo: Die im Gesetz niedergelegten Grundsätze und Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit können nur dann in die Praxis umgesetzt werden, wenn die personellen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Wir sind bemüht, die Zahl der von uns bearbeiteten Projekte gegenüber den - namentlich multilateral - bloss finanzierten Projekten und Programmen angemessen hoch zu halten. Bei gleichbleibendem Personalbestand und wachsendem Volumen der Entwicklungszusammenarbeit, stellt dies jedoch Probleme. Es haben sich während den letzten Jahren immer mehr Ausgaben pro Mitarbeiter akkumuliert. Der Input den wir leisten können, wird so natürlich sehr beschränkt.

Unserer Direktion ist zu dieser Frage bei Bundesrat Aubert vorstellig geworden. Er hat nun die Verwaltungsdirektion des EPD und die DEH beauftragt, zusammen mit dem Personalamt die nötigen Anstrengungen zu machen, um dieses Problem zu lösen.

Der Nord-Süd-Dialog stagniert. An mehreren internationalen Konferenzen und Verhandlungsrunden in letzter Zeit, mussten wir die Erfahrung machen, dass sich die Verhandlungen in semantischen Analysen verlieren und dass sich die Diskussion in formalen Nebenpunkten festfährt.

Hinsichtlich der zentralen Anliegen indessen, lässt sich kein Fortschritt feststellen.

Es scheint mir nicht richtig, daraus den Schluss zu ziehen, reelle Fortschritte auf dem Verhandlungsweg seien von der Natur des Nord-Süd-Konfliktes nicht möglich. Der einzige gehbare Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die allen Partnern eine Entwicklungschance proportional zu ihren Ressourcen und Eigenleistungen bietet, führt über Verhandlungen. Ein reales Interesse an Verhandlungen ist auf allen Seiten vorhanden.

Man müsste blind sein, um nicht anzuerkennen, dass die Länder der Dritten Welt heute einen Schlüssel zum weltweiten ökonomischen Wachstum in der Hand halten.

Resignation vor den Existenzproblemen, die sich den Ländern der Dritten Welt und einem grossen Teil der Bevölkerung stellen, hat zwangsläufig früher oder später schwere Folgen, von welchen auch die Industrieländer nicht verschont bleiben dürften.

Jacobi: Die Diskussion im Parlament über den Rahmenkredit von 200 Millionen hat gezeigt, wie sehr die Ansichten über die Entwicklungszusammenarbeit auseinandergehen und wie wichtig daher die Oeffentlichkeitsarbeit auch in Zukunft sein wird. Die formulierten Widerstände sind für unsere Arbeit wichtig, sie spornen uns an, zu zeigen, dass unsere Auffassung ebenfalls vertretbar ist.

Am Beispiel des kürzlich genehmigten Mischkredites für Aegypten lässt sich zeigen, dass sich solche Massnahmen durchaus in Uebereinstimmung mit den Zielen und Prioritäten unseres Gesetzes über Entwicklungszusammenarbeit befinden. Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen, durch welche breite Bevölkerungsschichten am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden können. Im Vordergrund steht die Verbesserung der Infrastruktur. Man muss sich die Lebensverhältnisse in der Agglomeration Kairo vergegenwärtigen: die beiden Nilseiten haben keine Telefonverbindung, so dass die Verbindungen vor allem mit Taxis hergestellt werden, was zu einer noch grösseren Luftverschmutzung führt. Das öffentliche Transportsystem ist völlig veraltet. Fast jede Woche kommt es zu Unfällen wegen Achsbrüchen. Mit unserer Waggon-Industrie, die nicht völlig ausgelastet ist, können wir hier etwas leisten, und es kommt der Lebensqualität grosser Bevölkerungsteile zugute. Auch beim Ausbau der Elektrizitätsversorgung kann die Schweiz Aegypten von grossem Nutzen sein. Wenn wir solche Dienstleistungen zur Verfügung stellen, sähe ich keine Inkomptabilität mit den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit.

Es erscheint mir ausserordentlich gefährlich, die Diskussion um die Entwicklungspolitik mit wesensfremden Elementen zu durchsetzen; Entwicklungspolitik soll mit Argumenten der Entwicklungspolitik geführt werden. Man denke beispielsweise an die Tendenz, die Menschenrechtsfrage gleichzeitig als protektionistisches Vehikel einzusetzen: dies zeigt, zu welchem grotesken Resultaten eine Verbindung der Entwicklungspolitik mit wesensfremden Elementen führen kann.

An der kürzlichen Tagung des Entwicklungskomitees des internationalen Währungsfonds, resp. der Weltbank, nahmen je 10 Finanzminister aus Industrie- und aus Entwicklungsländern teil. Der kürzlich erschienene Welt-Entwicklungsbericht der Weltbank, welcher eine messerscharfe Analyse der heutigen Situation enthält, fand in diesem Gremium einhellige Zustimmung.

Wenn trotz der von der Weltbank geforderten erheblichen Erhöhung der Entwicklungshilfe auch im Jahre 2000 Millionen von Menschen in Armut leben, so ist dies ein Ansporn, sich diesen Problemen zu stellen. Die heutige Situation der Entwicklungszusammenarbeit wurde als völlig unbefriedigend betrachtet. Die wichtigsten Geberstaaten (BRD, USA, Japan) wurden gedrängt, entsprechende Massnahmen zu unternehmen. Japan wird seine öffentliche Entwicklungshilfe innerhalb der nächsten drei Jahre verdoppeln. Auch aus der Haltung der USA und der BRD lässt sich ablesen, dass man sich der starken Interdependenz zwischen Wirtschaftsentwicklung und Entwicklungspolitik bewusst ist.

Es findet gegenwärtig ein Strukturwandel statt, und strukturelle Anpassungen sind notwendig. Dass die Industriestaaten sich dessen bewusst sind, zeigte sich auch anlässlich der Ministertagung der OECD-Länder im Juni. Die Lösung kann nicht darin gesucht werden, dass gewisse Produkte aus Entwicklungsländern von unseren Märkten ferngehalten werden. Der Strukturwandel, der sich auch bei uns seit einiger Zeit akzentuiert, hat zum Glück in der Schweiz nicht dieselben Auswirkungen wie in Industrieländern mit veralterteren Strukturen.

Das Gespräch um die 6. Wiederaufstockung der IDA in der Grössenordnung von 11 - 12 Mia Dollar hat begonnen. Der Druck auf die Schweiz, die sich als einziges westliches Industrieland nicht an diesem Vorhaben beteiligen will, wird angesichts unserer Ueberschusslage und angesichts der Tatsache, dass die Schweiz das höchste Pro-Kopf-Einkommen aufweist, sehr gross werden. Sowohl von den Entwicklungsländern wie auch von den übrigen Geberstaaten kommt der Ruf, dass die Schweiz ihre Karten bezüglich Entwicklungspolitik auf den Tisch lege. Da die 6. Wiederaufstockung der IDA bis Ende 1979 abgeschlossen sein sollte, wird uns diese Frage in naher Zukunft stark beschäftigen müssen.

Uchtenhagen teilt die Auffassung der Präsidentin, dass auch handelspolitische Massnahmen den Entwicklungsländern nützen können.

Wurde die Debatte im Nationalrat um den 200 Millionen-Kredit mit wesensfremden Elementen und damit ideologisch geführt? Wenn schon, trifft dies sowohl für die Gruppe derjenigen zu, welche die Exportförderung noch knapp akzeptieren, wie auch für diejenigen, welche hier Entwicklungskriterien angewandt sehen möchten.

Wenn nun auch die Mischkredite durch den Nationalrat ausdrücklich den Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit unterstellt werden, so werden damit keine wesensfremden Kriterien eingeführt, sondern es wird gewährleistet, dass die vom Gesetz vorgesehenen Kriterien in der Praxis Anwendung finden.

Nachdem gemäss Gesetz handelspolitische Massnahmen der Entwicklungspolitik ungerstellt wurden, geht es nicht weiter an, dass die Kommission mit fixfertigen Botschaften vor faits accomplis gestellt wird und dass die Diskussion darüber als ideologisch apostrophiert wird. Ich bin nicht bereit, für eine solche Funktion der Kommission Zeit zu opfern.

Reichling: Ich bin der Auffassung, dass die Kommission über einzelne Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit gründlich informiert werden sollte. Das ist die Grundlage dafür, dass die Verantwortlichen der Bundesverwaltung differenziert erfahren, wie wir bestimmte Fragen kurz und bündig äussern können. Einzelne Punkte sollten nach jeweiliger Interessenlage herausgegriffen werden. Die Traktandenliste der heutigen Sitzung empfinde ich etwas allzu sehr als Einbahnstrasse. Die Kommission hat zuwenig Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, wie sie über bestimmte Fragen denkt.

Peter: Wir sind eine beratende Kommission und können unsere Aufgabe nicht wahrnehmen, wenn wir erst gedruckte Botschaften erhalten.

Die DEH stellt uns monatlich eine Liste mit den Kreditentscheidungen zu. Eine ähnliche Liste auch von Seiten der Handelsabteilung wäre sinnvoll, vor allem bezüglich Entscheidungen über Mischkredite und andere handelspolitische Massnahmen. Die Kommission würde dann aus beiden Kanälen gleichmässig orientiert werden.

Gerster: Mit Massnahmen zur Stützung der Zahlungsbilanzen hilft die Schweiz laut Botschaft zum 200-Millionen-Kredit, allzu restriktive Massnahmen und sozialpolitische Einschränkungen zu vermeiden. Das Beispiel des internationalen Währungsfonds zeigt indessen genau das Gegenteil, dass nämlich die mit den Krediten verbundenen Auflagen sozialpolitisch unerwünschte Auswirkungen haben. Man denke etwa an Peru oder Aegypten. Ich möchte daher im Namen der privaten Hilfsorganisationen unsere Besorgnis anmelden, dass Kredite der Schweiz für solche Massnahmen verwendet werden. Umso wichtiger erscheint es daher auch, dass die Massnahmen gerade in diesem Gebiet frühzeitig zur Diskussion gestellt werden.

Strahm: Es lag auch mir auf dem Magen, dass die Kommissionsmitglieder sich zur Botschaft nicht äussern konnten. Wenn Sie tatsächlich Signale wünschen, so wären der Gelegenheiten viele. Es ist im schweizerischen Parlament im Rahmen eines Kürzungsantrages schwierig, genau zu sagen, um was es geht. So wurden denn auch die hinter dem Antrag stehenden Motive weder von den Journalisten noch von der Verwaltung wirklich verstanden. Die Kommission hätte Gelegenheit gegeben, härter und ausführlicher zu diskutieren.

Die hypermodernistische Strangulationskur der IWF-Auflagen ist eine Verarmungsstrategie, welche der schweizerische Vorort nie zu empfehlen wagte. Hier kommen die Menschenrechte nicht wesensfremd, sondern durch die Natur der Sache herein. Es kommen laufend Hilferufe der Gewerkschaften zu uns: der Währungsfonds macht uns kaputt !

Ich unterstütze den Vorschlag, dass die Kommission durch die Handelsabteilung über die einzelnen Mischkredite und Zahlungsbilanzhilfemassnahmen rechtzeitig orientiert werden soll. Auf diese Weise kann sie fundiert Stellung nehmen.

Veyrassat: Es trifft nicht zu, dass die Kommission durch die Botschaft vor faits accomplis gestellt wurde. Die Kommission konstituierte sich vielmehr erst zu einem Zeitpunkt, als die Botschaft bereits fertiggestellt war.

Heimo: Es waren tatsächlich einzig zeitliche Gründe, die es uns nicht erlaubten, die Kommission rechtzeitig in die Diskussion um die Botschaft über die handelspolitischen Massnahmen zu integrieren. In Zukunft soll dies jedoch geschehen.

Wir möchten der Kommission sehr gerne auch das eine oder andere konkrete Projekt zur Diskussion vorlegen; dies würde der Diskussion eine sehr praktische Dimension geben.

Raeber: Das, was die Kommission fordert, wird bereits an der nächsten Sitzung im November geschehen, denn das Thema dieser Sitzung wird u.a. die bevorstehende Botschaft über die Entwicklungsbanken sein.

Das System der Rahmenkredite hat zum Zweck, dass das Parlament die Politik in einem Sachbereich auf längere Frist und zusammenhängend diskutieren und beurteilen kann, und nicht um einzelne isolierte Massnahmen. Die Kehrseite davon ist, dass ein in Verbindung mit einem Rahmenkredit vorgelegtes Programm, das sich über mehrere Jahre erstreckt, nicht alle vorgesehenen Massnahmen schon genau nennen und beschreiben kann. Dass somit gewisse Massnahmen vom Parlament als "Katze im Sack" gekauft werden, ist eine missverständliche Ausdrucksweise für einen mit dem System der Rahmenkredite notwendigerweise gegebenen Tatbestand. Jede einzelne Massnahme muss, wenn es dann in Ausschöpfung des Rahmenkredites zum definitiven Beschluss über sie kommt, sorgfältig geprüft und begründet werden, in Uebereinstimmung mit dem Gesetz.

Jacobi: Sofern sich die Kommission stärker mit den handelspolitischen Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit befassen möchte, muss dies in Zusammenarbeit mit der konsultativen Kommission für Handelspolitik geschehen.

Was die wesensfremden Elemente betrifft: man kann hier auf beiden Seiten zu weit gehen. "Nur westlichorientierte Hilfe" ist ein wesensfremdes Element, welches die Entwicklungszusammenarbeit allzu stark einengt. Gerade deshalb bin ich so erpicht darauf, dass solche Elemente nicht Priorität erhalten dürfen.

Zu den 50 Mio Zahlungsbilanzhilfe: es geht nicht darum, diese 50 Mio dem Währungsfonds zur Verfügung zu stellen. Die 50 Mio können entweder direkt den ärmsten Entwicklungsländern oder aber bestimmten Trust Fonds zur Verfügung gestellt werden, welche den ärmsten Entwicklungsländern Kredite zu sehr günstigen Bedingungen gewähren. Es stehen somit durchaus Wege offen zu vermeiden, dass die Schweiz zum angeführten Strangulationseffekt beiträgt.

Unsere Personalsituation erlaubt es nicht, grosse zusätzliche Aufgaben hinsichtlich Informationsaufbereitung zu übernehmen. Da geplante Informationsbulletin soll hier jedoch die Informationssituation entscheidend verbessern.

Ich hätte allerdings Hemmungen, die Kommission vor jedem Entscheid über einen Mischkredit oder eine entwicklungspolitische Aktion zu begrüssen. Die Meinung bei der Gründung der Kommission war doch die, dass sie uns ihre Meinung in grossen Linien vermittle und sich über die Prinzipien der Entwicklungspolitik ausspreche.

Blunsky: Ich glaube, die hier aufgeworfene Frage war einfach die, ob die Kommission nicht auch von der Handelsabteilung ein vervielfältigtes Blatt erhalten könnte, auf welchem die Verwendung der Rahmenkredite im einzelnen angeführt ist. Es ist doch anzunehmen, dass damit das Personal nicht erheblich mehr belastet würde.

Jacobi: Zu jedem Abschluss eines Abkommens wird eine Pressemitteilung erstellt; ich kann veranlassen, dass diese der Kommission automatisch zugestellt werden.

Kappeler: Information sollte aber trotzdem detailliert erfolgen und zwar auf gleiche Weise, wie sie in anderen Fachkommissionen praktiziert wird. Da ich sowohl dieser Kommission wie auch der konsultativen Kommission für Handelspolitik angehöre, habe ich feststellen müssen, dass zu den gleichen Fragen die erstgenannte Kommission mit sehr viel globalerer und weniger ins Detail gehender Information versehen wird.

Strahm: Nachdem das Parlament den Antrag Renschler angenommen hat, die übergeordneten Ziele des Gesetzes über die Entwicklungszusammenarbeit auch auf die handelspolitischen Massnahmen anzuwenden, stellt sich nun die Frage, wer diesen Parlamentsentscheid Nachachtung verschafft. Ist die Kommission dieses Gremium ?

Solange dies nicht geklärt ist, bleibt der Entscheid des Parlaments rein deklaratorisch. Die Verwaltung kann ja nicht gleichzeitig ihr eigener Ueberprüfer sein.

Blunschy: Vorerst bleibt der Entscheid des Ständerates abzuwarten. Sollte dieser im gleichen Sinne entscheiden, wäre die Verwaltung in ihrer Handlungsfreiheit tatsächlich etwas eingeschränkt.

Bundesrat Honegger hat bei den Vorwürfen im Parlament gegen die Zahlungsbilanzhilfe die Frage des internationalen Währungsfonds mit den Worten umgangen: "Es muss ja nicht alles über den IWF gehen". Man müsste jedoch fordern, dass die Zahlungsbilanzhilfe überhaupt nicht über den IWF geht.

Jacobi: Das IWF-Instrumentarium ist sehr breit und enthält auch Massnahmen zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer.

Kappeler: Aufgrund ihrer Autonomie gegenüber dem Parlament kann die Verwaltung ein Engagement im IWF auch ohne Zustimmung des Parlaments beschliessen. Die Verhandlungen über den Beitritt der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds führt die Nationalbank, der Beschluss darüber kann dann in der Zeitung gelesen werden.

Peter stimmt mit Reichling überein, dass sich die Kommission auch einmal an einer etwas umfassenderen Evaluation verschiedener konkreter Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen sollte. Er möchte diesen Wunsch zuhanden der Abteilung Evaluation anbringen.

Blunschy: Könnte man sich diese Frage vielleicht an einer Sitzung im nächsten Jahr vornehmen ?

Heimo: Wünschbar wäre es, wenn die Kommission durch Ueberprüfung einzelner konkreter Massnahmen längerfristig eine eigentliche "jurisprudence" entwickeln würde.

Durch die Kompetenzerteilung in der Verordnung zum Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit ist gewährleistet, dass die Gesichtspunkte der Entwicklungszusammenarbeit auch bei handelspolitischen Massnahmen berücksichtigt werden. Die DEH führt jeweils sehr lange Diskussionen mit der Handelsabteilung, in welchen die verschiedenen Standpunkte konfrontiert werden.

Von grossem Nutzen wäre für uns eine Evaluation verschiedener Massnahmen und Projekte in einem bestimmten Lande.

Raeber: Es ist sicher so, dass das Parlament, bei der Redaktion des Artikels 5 des Gesetzes in erster Linie die technische Zusammenarbeit im Auge hatte. Um auf Mischkredite und handels- und wirtschaftspolitische Massnahmen anzuwenden, ist deshalb nicht so leicht. Das muss aber geübt und gelernt werden. Die Kommission dabei als Kontrollinstanz einzuschalten, würde ihren Auftrag überschreiten. Um beratende Funktion - die auch für einzelne Massnahmen in Anspruch genommen werden kann - und die Verantwortung der Verwaltung müssen klar unterschieden werden.

Blunsky: Eine gewisse Prüfung findet auch durch die Geschäftsprüfungskommission statt.

Der Kommission steht es aufgrund der Orientierungen, die ihr nun zugesagt sind, frei, einzelne Massnahmen aufzugreifen und zur Diskussion zu stellen.

Strahm: Können wir an der übernächsten Sitzung, wenn der Ständerat seinen Beschluss gefasst hat, auf die Frage der Kontrolle zurückkommen?

Jacobi: Bei den Mischkrediten ist im Moment folgendes aktuell: abgeschlossen wurde ein Abkommen mit Aegypten über 60 Mio Franken, ein weiterer Mischkredit befindet sich noch in Aushandlung mit Thailand. Die Handelsabteilung strebt jeweils ein Verhältnis von einem Bundesanteil zu drei Bankenanteilen an. Die durchschnittliche Zinsbelastung

beträgt 2,8 % und ist damit ausserordentlich günstig, d.h. 5 Prozentpunkte tiefer als Weltbankdarlehen. Auch wenn die Darlehen in Schweizerfranken rückzahlbar sind, bleiben sie wegen dieses Zinses trotzdem attraktiv.

Traktandum 3

Information

Leuzinger: Erläutert kurz die den Kommissionsmitgliedern vor der Sitzung zu diesem Thema zugestellten Unterlagen. Interessanter als weitere Ausführungen der Verwaltung ist nun vor allem die Diskussion unter den Kommissionsmitgliedern. Allerdings ist es schwierig, ein Problem dieser Breite systematisch zu präsentieren und zu diskutieren. Information über die Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsfragen ist ein untrennbarer Bestandteil der gesamten Information über Aussenpolitik und Bundespolitik.

Ein besonderes Problem stellen hier die Massenmedien dar, wo sich auch in gutinformierten Zeitungen immer wieder Titel finden, welche ganz unverhohlen eine ethnozentrische Grundhaltung zum Ausdruck bringen.

Kappeler: Als ehemaliger Journalist möchte ich die hier angeschnittene Problematik mit zwei Beispielen illustrieren:

Als Wirtschaftsjournalist wollte ich die UNCTAD in Nairobi besuchen. Keine Zeitung und kein Radio waren bereit, mir die Reise zu finanzieren; schliesslich mussten private Entwicklungsorganisationen einspringen, damit überhaupt ein Schweizer Journalist dauernd über diese Konferenz berichten konnte. Einen Monat später fand in Montreal die Olympiade statt. Es reisten flugzeugweise Journalisten an.

Zweites Beispiel: Als im Rahmen der UNESCO wie auch unter den blockfreien Staaten die Forderung nach einer eigenen Informationsagentur der Dritten Welt erhoben wurde, grenzten die Reaktionen in der Schweizer Presse an Hysterie. Man sprach von 'Staatspropaganda', ohne überhaupt einen ernsthaften Versuch zu machen zu verstehen, welches das dahinterliegende Problem der Entwicklungsländer ist; dass sie nämlich durch 2-3 Agenturen aus Industrieländern dominiert werden.

Es müsste in Zukunft stärker versucht werden, Ereignisse zu schaffen, über die dann berichtet wird. So könnte der Besuch eines Ministers aus einem Entwicklungsland noch viel stärker in den Medien ausgewertet werden und Anlass sein, über diese Persönlichkeit wie auch über das von ihm vertretene Land ausführlich zu berichten. Auch die Fertigstellung eines Projektes der technischen Zusammenarbeit könnte besonders gefeiert und eingehend dargestellt werden. Hier bleibt für eine aktive Informationspolitik noch vieles zu tun.

Der Erklärung von Bern ist es in den letzten Jahren immer wieder gelungen, Wiederhall zu finden. So gelingt auch eine gewisse Popularisierung.

Nicole: Die Informationstätigkeit der DEH weist ein erfreuliches breites Spektrum auf. In vielen Artikeln über Entwicklungszusammenarbeit herrschen jedoch abstrakte Konzepte vor. Damit werden immer nur bestimmte Bevölkerungskreise angesprochen. Andere Schichten haben Schwierigkeiten, der Argumentation zu folgen. Was vor allem fehlt sind Reportagen über Entwicklungsländer, die zeigen, was diese Länder selbst tun und welches ihre Entwicklungsvorstellungen sind. Reportagen werden meistens aus dramatischen Anlässen, Kriegen, Naturkatastrophen, geschrieben. Die Beschreibung der Verhältnisse löst dann oft ein tiefes Ohnmachtsgefühl aus. Andere Artikel, über Kaffee oder Fleisch beispielsweise, lösen zuerst Schuldgefühle und dann einen Widerstandsreflex aus. Die Information über die Verhältnisse in der Dritten Welt müsste viel alltäglicher werden.

Auffällig ist auch, dass über Länder in Afrika oder Asien, die allergrössten Dummheiten geschrieben werden können, ohne dass sich jemand

dagegen zur Wehr setzt. Scherze, Klatsch und schlechte Bildkommentare können die ganze sorgfältige Informationsarbeit in Frage stellen und in ihrer Wirkung auslöschen. Man müsste in den Medien so weit kommen, dass ein Ereignis 10'000 km weit weg genau so wichtig erscheint, und genau so sorgfältig wiedergegeben wird wie ein Ereignis in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Wie kommt man aber dahin? Wichtig erscheint es mir bestimmte Zielgruppen anzusprechen, und zu versuchen, Identifikationen herzustellen mit bestimmten Bevölkerungsgruppen der Dritten Welt. Sicher gibt es aber noch eine Serie von Wegen, die von den Medien bisher zu wenig erschlossen worden sind.

Im Bereich der Schulen wurde bisher viel unternommen. Trotzdem mache ich als Vater immer wieder alarmierende Erfahrungen: was beispielsweise den Kindern im Geographieunterricht über die Länder der Dritten Welt vermittelt wird, ist allein schon vom Informationsgehalt her oft falsch oder veraltet und meistens sehr rudimentär.

Gerster: Für die privaten Hilfswerke ist die Schule ein zentraler Ausgangspunkt der Informationsarbeit. Wir messen daher die Schulstelle 3. Welt, welche auch von der DEH unterstützt wird, grosses Gewicht bei. Die Tätigkeit der Schulstelle stösst auf eine so grosse Nachfrage, dass sie in nächster Zeit vergrössert werden muss.

Uchtenhagen: Die Massenmedien sollten viel mehr zeigen, wie die Länder und die Menschen der Dritten Welt selbst ihre Probleme angehen. Die Massenmedien beschränken sich viel zu sehr auf Sensationen oder auf Folkloristisches. Eine Sensibilisierung aller Medienschaffenden für die Inhalte und die Vorurteile bezüglich der Dritten Welt wäre wünschenswert.

Ich habe drei Kinder aus Madagaskar grossgezogen und machte dabei die Erfahrung, dass ich alle Kinderbücher, Kinderbilder und Gutenachtgeschichten zensurieren musste. Ständig wurde darin meinen Kindern vermittelt, sie müssten Baströckli tragen. Von Spielkameraden wurden meine Kinder gefragt: wurdet ihr gekauft? Onkel Toms Hütte

Ich glaube, man kann auf eine Schulklasse einreden, so lange man will. Die Schwierigkeit ist doch die, Dinge nachzuvollziehen, die man nicht selbst erlebt. Daher erscheinen mir Initiativen, die das Kind in seiner realen Erlebniswelt ansprechen, wie beispielsweise jener Kontakt zwischen einer bernischen und einer tunesischen Schulklasse (Austausch von Zeichnungen ihrer Heimat, Briefe) besonders wertvoll. Nur dort, wo man sich als Mensch angesprochen fühlt, empfindet man auch Solidarität. Es muss daher auch auf emotioneller Ebene Zugang zu den Lebensverhältnissen der 3. Welt gesucht werden.

Mittagspause

Berthoud: Auch bei der UN fragt man sich, ob das Informationsproblem überhaupt zu lösen sei. Ist die Entwicklungsproblematik ein verkäufliches Produkt? Kann das breite Publikum wirklich erreicht und angesprochen werden?

Die Information darf ja nicht nur an die Oberfläche zielen sondern sollte vielmehr darauf hinwirken, dass die weltanschaulichen Grundlagen des Nord-Süd-Dialogs und die Geschichte die den Beziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zugrunde liegt, vom Publikum besser verstanden wird. Die soziologischen wie auch die ökonomischen Gründe, welche zur heutigen Situation geführt haben, sollten stärker in die Information miteingehen.

Die kulturelle Verschiedenheit wirkt sich oft hemmend auf eine fundierte Information aus. Phänomene wie die Krönung von Kaiser Bokassa werden isoliert dargestellt. Dem Publikum fehlen Erklärungen und Informationen, die helfen würden, das Ereignis in einem Zusammenhang zu sehen.

Traktandum 4

(Die Kommission beschliesst, sich den in dem vorher den Kommissionsmitgliedern zugestellten Papier "Quelques questions qui cherchent réponse" aufgeführten Fragen im einzelnen zuzuwenden.)

Zu den Fragen auf Seite 3:

Gerster: Mir kommt hier ein Beispiel aus meiner unmittelbaren Nachbarschaft in Wädenswil in den Sinn: eine Firma musste schliessen, Arbeitsplätze gingen verloren. Die Wirtschaft der 3. Welt spielte dabei eine Rolle. Den betroffenen Leuten wird man in den nächsten Jahren schwerlich mehr von Entwicklungszusammenarbeit sprechen können. Aber gerade mit ihnen die Entwicklungsproblematik aufzugreifen und zu diskutieren erscheint mir nötig, wenn auch schweirig.

Uchtenhagen: Man muss sich bewusst sein, dass unsere Wirtschaft in Zukunft mit der Wirtschaft der 3. Welt in stärkere Konkurrenz treten wird, und dass wir infolgedessen Arbeitsplätze verlieren werden. Gerade die Entwicklungszusammenarbeit führt ja zu arbeitsintensiver Produktion, mit welcher dann unsere eigene Produktion infolge der sehr viel teureren Arbeitskraft oft nicht konkurrieren kann. Was sagt man zu diesen Problemen?

Berthoud: Man muss die Oeffentlichkeit informieren über die Gründe, die dazu führen und über mögliche Massnahmen, welche eine strukturelle Anpassung erlauben.

Uchtenhagen: Die Geschichte des 19. Jahrhunderts wird sich nicht wiederholen. Im allgemeinen ist es doch heute einfach so, dass die technische Entwicklung mehr Arbeitsplätze freisetzt als schafft. Es wird leider tatsächlich schwieriger werden. Einen Arbeitslosen kann man nicht mit langfristigen Tendenzen beschwichtigen.

Widmer: Vorläufig war es glücklicherweise noch immer so, dass sich alle Prognosen als falsch erwiesen haben.

Ein Argument für Entwicklungszusammenarbeit wurde bisher viel zu wenig genutzt: Dass nämlich die Entwicklungshilfe unsere Exportwirtschaft stärkt. Der industrielle und wirtschaftliche Aufschwung Europas lässt sich ja überhaupt nur erklären durch die Schaffung neuer Absatzmärkte. Die Leute in der 3. Welt werden durch die Entwicklung Käufer von schweizerischen Produkten.

Viele Leute behaupten, solche Entwicklungshilfe dürfe man nicht machen. Ich glaube jedoch, sollte es tatsächlich zu Entlassungen kommen, dass man gerade auf dieser Basis mit den Arbeitern darüber sprechen kann: du sicherst längerfristig deinen Arbeitsplatz, indem du den Völkern der 3. Welt die Möglichkeit gibst, unsere Produkte zu kaufen.

Peter: Man darf nicht nur wirtschaftlich argumentieren, man muss auch glaubhaft machen können, dass in der Schweiz der Preis für die strukturellen Anpassungen vernünftig verteilt wird. Es muss einsichtig gemacht werden, dass die Entwicklung des Lebensstandards nicht wie bisher im Norden weitergehen kann. Themen wie Lebensqualität und andere Lebensformen müssen in die Informationspolitik miteingehen.

Man spricht über die Entwicklungsproblematik oft in einem viel zu wehleidigen Ton und geht von der Voraussetzung aus: "Entwicklungszusammenarbeit ist ja ohnehin nicht populär". Sobald dies aber im Parlament gesagt wird, wird dadurch aber mindestens ein Vierteljahr Informationszeit zerstört. Ich glaube auch gar nicht, dass dieses Urteil richtig ist. Solidarität könnte doch auch einmal als etwas durch und durch Selbstverständliches empfunden werden.

Lambert: Wir haben eine schlechte Beziehung zu unserer eigenen Aggressivität. Die Schweiz muss exportieren und muss neue Bedürfnisse schaffen, wenn sie überleben will. Es ist auch abzusehen, dass die Entwicklung sich zugunsten der Schweiz auswirken wird, und dass wir noch lange ein privilegiertes Volk bleiben.

Heimo: Man muss sich davor hüten, die Entwicklung in der 3. Welt allzu eindimensional auf die Entwicklungszusammenarbeit zu beziehen. Diese darf nicht für Effekte verantwortlich gemacht werden, die sie nicht zu vertreten hat.

Wenn wir bestimmte Personengruppen von Strukturanpassungen unmittelbar betroffen sind, ist es natürlich schwierig, zu argumentieren. Man muss jedoch sehen, dass unser Export in die Entwicklungsländer dort noch viel mehr Arbeitsplätze zerstört. Wir haben keinen Grund, über

die innere Arbeitsteilung in der Welt zu klagen, sondern müssen vielmehr die Chance wahrnehmen, die damit verbundenen Probleme und Schwierigkeiten auf akzeptable Weise zu lösen.

Jacobi: Ich bin gar nicht so sicher, ob die Argumentation mit dem Eigeninteresse wirklich sticht. Man denke nur an die IDA-Abstimmung. Dort hat sich ja die Tatsache, dass unsere Beteiligung im eigenen Interesse erfolgte, in der Öffentlichkeit negativ ausgewirkt.

Trotzdem: die offizielle Entwicklungspolitik ist einfach nicht populär. Dabei sind die heute notwendigen strukturellen Anpassungen gar nicht so sehr durch die Einfuhren aus der 3. Welt bedingt. Wir haben in der Schweiz auch den Vorteil, dass wir ständig die neuesten Techniken angewandt haben und uns auf neue Entwicklungen einstellen. In Sachen Innovation und Technologie muss die Schweiz bemüht sein, auch weiterhin an der Spitze zu bleiben.

Blunschy: Ein Misstrauen gegen Entwicklungszusammenarbeit ist wohl tatsächlich vorhanden. Durch Entwicklungsorganisationen wird dieses Misstrauen oft noch geschürt. Die Kritik an einzelnen Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit sollte nicht immer an die grosse Glocke gehängt werden.

Kappeler: Die Schuld liegt meines Erachtens nicht in erster Linie dort. Oft ist die konkrete Tätigkeit der Entwicklungszusammenarbeit gar nicht bekannt. Wenn es tatsächlich gelänge, den Abschluss eines Entwicklungsprojektes zu einer Sache von öffentlichem Interesse zu machen, wäre viel mehr gewonnen.

Blunschy: Dies ist wohl tatsächlich der aussichtsreichste Weg, um Misstrauen abzubauen, indem man immer wieder konkret zeigt, was überhaupt gemacht wird.

Zu den Fragen auf Seite 5:

Blunschy: Sollten nicht vermehrte Anstrengungen unternommen werden, um das vorhandene Informationsmaterial für Schulen beispielsweise in Tageszeitungen und Lehrerzeitungen bekanntzumachen ?

Gerster: Die Schulstelle ertrinkt heute in Arbeit; ein Interesse ist also durchaus vorhanden.

Uchtenhagen: Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Schüler stärker auch emotionell für die Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen.

Blunschy: Nicht nur die Schule, sondern auch die Jugendorganisationen sind hier wichtig.

Leuzinger: Unsere Arbeit bei den Schulen zielt vor allem darauf ab, ein Bewusstsein über die konkrete Situation in der 3. Welt zu bilden. Wir stossen hier immer wieder auf die Schwierigkeit, dass die Lehrpläne sehr konzentriert und kompakt sind und wenig Erweiterungen in diesem Sinne zulassen.

Berthoud: Es müssen stärkere Anstrengungen unternommen werden, um die Entwicklungsproblematik in die Lehrpläne zu integrieren.

Nicole: Vor allem geht es auch darum, offensichtliche Irrtümer im Lehrstoff zu korrigieren.

Stettler: Ich sehe hier eine Parallele zur Problematik Schweiz/UNO. Auch hier stösst man auf das Problem, dass die Frage der Gestaltung der internationalen Beziehungen in unseren Schulen keinen Platz hat.

Blunschy: Ein wichtiger Adressat für diese Anliegen wäre die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. Die Kommission könnte bei diesem Gremium vorstellig werden.

Raeber: Welche konkreten Folgerungen lassen sich aus dieser Diskussion ziehen? Sind die Dienstleistungen für die Lehrer auszubauen? Ist die Schulstelle 3. Welt stärker zu unterstützen? Hier stossen wir jedoch an Grenzen, denn die Geschäftsprüfungskommission hat beschlossen, unsere Unterstützung an die Schulstelle 3. Welt zu einem eigenen

Budgetposten zu machen. Praktisch kommt dies darauf heraus, dass wir unsere Unterstützung in nächster Zeit nicht erhöhen können. Hier wäre eine Unterstützung durch die Kommission sehr nützlich.

Uchtenhagen wird dieses Problem abklären und der Kommission Bericht erstatten.

Nach ihrer Erfahrung wird in der kaufmännischen Ausbildung im Fach Wirtschaftsgeographie die Entwicklungsproblematik kaum berührt. Man sollte nicht nur an die Erziehungsdirektorenkonferenz, sondern auch an das BIGA gelangen. Gerade die Lehrlinge sind eine der wichtigsten Zielgruppen.

Nicole: Bei der Abfassung der Briefe muss sorgfältig darauf geachtet werden, dass sie nicht als Propagandaversuch erscheinen. Es ist daher eine ausführliche und sachliche Begründung nötig, die das Anliegen der Kommission genau darlegt.

Blunschy: Die Kommission hat also beschlossen, der Konferenz der Erziehungsdirektoren und dem BIGA die Problematik darzulegen und für eine bessere Integration der Entwicklungsproblematik in den Lehrstoff der normalen Schulfächer einzutreten. Der Brief sollte ausserdem zum Ausdruck bringen, dass ein Ausschuss der Kommission bereit wäre, zusammen mit weiteren Fachleuten, die Problematik ausführlicher mündlich darzulegen.

(Die Kommission erteilt der Präsidentin den Auftrag, in diesem Sinn bei der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und beim BIGA vorstellig zu werden und der Kommission an der nächsten Sitzung über den Erfolg dieses Vorstosses zu berichten.)

Gerster schlägt vor, dass die Kommission eine Empfehlung zuhanden der Verwaltung verabschiedet, in welcher eine Erhöhung der jährlichen Leistungen an die Schlstelle 3. Welt von 80'000 auf 120'000 Franken vorgeschlagen wird.

Blunschy: Bei einem solchen Vorgehen besteht die Gefahr einer Abwehrreaktion, da es nicht üblich ist. Man käme wahrscheinlich im direkten mündlichen Kontakt weiter.

Zu den Fragen auf Seite 8: (Was kann die Kommission zu einer verbesserten Informationsarbeit beitragen ?)

Die Kommission erklärt sich prinzipiell bereit, das Patronat für ein Informationsseminar zu übernehmen.

Leuzinger: Die Rubrik "Leserbriefe" ist eine der meistgelesenen Zeitungsseiten. Eine Aktivität der Kommissionsmitglieder könnte hier sehr wirkungsvoll sein.

Uchtenhagen: Das Verfassen von Leserbriefen ist bei der zeitlichen Beanspruchung, die wir heute haben, einfach nicht möglich. Man müsste sich auf Hinweise und Anregungen stützen können, wie dies beispielsweise bei Amnesty International der Fall ist.

(Die Kommissionsmitglieder Uchtenhagen, Gerster und Lambert erklären sich bereit, unter diesen Voraussetzungen Leserbriefe zu verfassen)

Traktandum 6

Informationsbulletin

Raeber rekapituliert die wichtigsten Punkte der den Kommissionsmitgliedern zugesandten Darstellung.

Wir möchten die Kommission vor allem bitten, sich darüber auszusprechen, welche Themen sie für diese Nummern vorschlagen möchten, wie die Kommission selbst ihre Mitwirkung am Bulletin gestalten möchte und welche Wege gewählt werden sollen, um das Zielpublikum zu erreichen.

Kappeler: Dieses Bulletin muss offensichtlich eine Vielzahl von Funktionen erfüllen: Pressedienst - Rohstoffversorgung - Politischer Rechenschaftsbericht - Vulgarisierung.

Ich möchte einen ganz klaren Schwerpunkt bei der Vulgarisierung setzen. Für meinen Gebrauch wäre ein solches Bulletin ideal, ich könnte es bei den Vorträgen auflegen.

Uchtenhagen: Die Aufmachung erscheint mir wichtig, Das Bulletin dürfte nicht den ärgerlichen Glanzdruck der Wirtschaftspublikationen aufweisen. Ist wirklich Zweifarbindruck auf allen Seiten notwendig? Warum nicht Umweltschutzpapier? Gerade das billige Blättchen des Vereins für Umweltschutz beachte ich nämlich.

Gerster findet den Grundgedanken des Bulletins sehr gut. Es muss die Basis für ein belastbares Engagement in 3. Welt-Fragen gelegt werden. Das Bulletin muss sich daher den Problemen und Konflikten stellen. Das Bulletin E&Z der Bundesrepublik Deutschland könnte hier beispielsweise wegweisend sein.

Raeber: Es entspricht durchaus unserer Absicht, die Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit kontrovers darzustellen.

Bürki: Umweltpapier wäre tatsächlich viel glaubwürdiger, beschränkt jedoch aus technischen Gründen die Möglichkeit der Darstellungen sehr erheblich.

Peter: Die Aufmachung muss einfach sein, man darf aber doch nicht Buchstaben suchen müssen.

Man hat die Erfahrung gemacht, dass Hefte mit thematischem Schwergewicht keine konstante Leserschaft haben. Einem Thema sollte daher nie mehr als die Hälfte des Heftes gewidmet sein.

Vierteljährliches Erscheinen bedeutet fast immer einen Verlust an Aktualität. Zweimonatiges Erscheinen wäre vorzuziehen.

Blunsky: Denkbar wäre es, mit vierteljährlichem Erscheinen zu beginnen und die Intervalle bei Erfolg zu verkürzen.

Nicole möchte ebenfalls den Schwerpunkt bei der Vulgarisierung setzen. Für wirklich interessierte Leute ist bereits genügend Information verfügbar. Das Bulletin sollte sich daher an ein breites Publikum richten. Wichtig ist die Verständlichkeit.

Traktandum 7

Varia

Peter: Seit 1970 existiert an der ETH Zürich ein Ausbildungsgang über Probleme der Entwicklungsländer. Die Privatorganisationen haben verschiedene Absolventen dieses Kurses in Entwicklungsländern eingesetzt und zwar zu voller Zufriedenheit. Die Weiterführung der Kurse ist heute gefährdet. An seiner letzten Sitzung teilte der Schulrat der Schulleitung der ETH Zürich den Auftrag, den INDEL ab 1980 auf neuer Grundlage wieder laufen zu lassen. Gewisse Änderungen am bisherigen Konzept scheinen uns durchaus wünschenswert, doch die Grundpfeiler der bisherigen Kurse sollen unbedingt beibehalten werden. Es sind dies: Interdisziplinarität, Praxisorientierung, vollzeitliche Beanspruchung der Studenten und Ausrichtung auf die Entwicklungszusammenarbeit.

INDEL ist auch ein Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit, denn es werden dort nicht nur Experten für Entwicklungsprojekte und internationale Organisationen ausgebildet, sondern auch Personen, welche sich später in der Schweiz auf qualifizierte Weise mit der Entwicklungsproblematik auseinandersetzen können. Ich schlage deshalb vor, dass die Kommission einen Brief an die Schulleitung der ETH Zürich richte und ihrem Wunsch Ausdruck gebe, dass die obenerwähnten Grundpfeiler des bisherigen INDEL auch bei einer Neugestaltung beibehalten werden.

Uchtenhagen begrüsst diesen Antrag sehr.

Peter: Ich hatte Gelegenheit, während der letzten Kurse selbst am INDEL mitzuarbeiten und hatte im ganzen einen sehr positiven Eindruck. Vor allem die interdisziplinäre Zusammenarbeit erscheint mir sehr wertvoll. Es tat sowohl Bauingenieuren wie auch Sozialwissenschaftlern gut, sich miteinander auseinandersetzen zu müssen.

In Zukunft sollte die DEH nicht ausschliesslich finanzieller Partner sein. Möglich wäre ev. auch ein Miteinbezug der Universität Zürich.

(Die Kommission beschliesst eine Empfehlung an den Präsidenten der ETH Zürich zu richten, dass der INDEL in seiner bisherigen Grundkonzeption wiederaufzunehmen sei.

Sie erteilt ferner der Präsidentin und dem Sekretariat den Auftrag, einen provisorischen Sitzungsplan für 4 Sitzungen im Jahre 1979 aufzustellen, wobei die 1. Sitzung auf Ende März vorzusehen ist.)

Ende der Sitzung: 16.00 h

Die Protokollführerin:

K. Bühler